

Sich nicht fremd fühlen im eigenen Haus

*Es ist Zeit für einen neuen Begriff von Demokratie in Afrika.
Beobachtungen zur Entstehung von Bürgerbewußtsein auf dem
Kontinent*

Von Charlotte Wiedemann

Die Stadt Saint-Louis im Senegal, an der Grenze zu Mauretanien, ist der richtige Ort, um mit einer Beobachtung afrikanischer Demokratie zu beginnen. Alles liegt hier handlich bereit, um jene besondere gesellschaftliche Ökologie zu studieren, die das Wachstum afrikanischer Demokratien bestimmt, ihr Siechtum und vielleicht auch künftig die Vielfalt ihrer Arten.

Zuerst ein rascher Blick ringsum: Vor der Küste von Saint-Louis haben hunderte junger Männer ihr Leben gelassen - nach Europa eingeschifft in den bunten Piroggen jener Fischer, die nicht mehr genug fangen, weil ihnen die europäischen Fabrikschiffe das Meer leer fischen. Wenige hundert Meter weiter, wo der Sand des Strandes in den Sand der Wüste übergeht, beginnt an der mauretanischen Grenze die neue Mittelmeerunion, Europas Sicherheitszone gegen Armut und Migration.

Die Senegalesen haben lange geglaubt, die Geschichte nähme einen umgekehrten Lauf, sie würden sich Europa nähern, und nirgends fühlten sie sich Europa näher als hier. Saint-Louis war die erste französische Siedlung auf dem Kontinent, genau 350 Jahre ist das her. Anfänglich nur eine Station für Sklavenhandel, furchtsam auf einer Insel mitten im Senegal-Strom eingerichtet, wurde Saint-Louis später die Hauptstadt Französisch-Afrikas. Ein Weltkulturerbe heute: Gerade wird auf der historischen Île der „Conseil Général“ restauriert: So hieß das erste koloniale Parlament des Kontinents. Es war dominiert von wohlhabenden katholischen Kreolen-Familien; wer sich zur Wahl stellen wollte, mußte französisch lesen und schreiben können.

Eine Halb-Demokratie, in der eine lokale Minderheit das sagen hatte; eine Elite, deren Eignung an einem europäischen Kriterium gemessen wurde. Verblüffend, wie sich die Bilder gleichen: Denn genauso oder ganz ähnlich lassen sich zahlreiche afrikanische Demokratien der Gegenwart beschreiben. Ihre Kader der Masse des Volkes und seinen Lebensbedingungen entfremdet; in ihren dunklen Anzügen gleichsam nur zu Besuch

in der Sahelzone. Und mitten im geschützten Kulturerbe von Saint-Louis hat sich Senegals Justizminister einen privaten Neubau hingestellt, als wollte er allen zeigen: Gesetze gelten nicht für ihn.

Am jenseitigen Ufer des Senegal-Stroms, auf dem Festland, eine andere Demokratie. Schlichter, kleinteiliger, ehrlicher - die Basisdemokratie der Stadtteilräte. Im Quartier Diamaguène funktioniert sie so: Das Viertel mit 9000 Einwohnern wurde in vier Sektoren geteilt, jeder Sektor schickt fünf Delegierte in den Rat. Von den 50 Vereinen des Viertels schickt jeder zwei Delegierte. Aus den Reihen des nun 120köpfigen Rat wird ein Exekutivkomitee gewählt sowie diverse Kommissionen. Alle zwei Jahre wird zur Vollversammlung des Quartiers gerufen.

Die Basis-Demokratie dient der Verbesserung des Lebens – oder dem blossen alltäglich Überleben. Keimformen von Solidargemeinschaft: Im Quartier wird eine Krankenversicherung aufgebaut, zur Deckung des Nötigsten. Aus der Stadtkasse bekommen die Räte nur ein winziges Taschengeld, doch fast jeder Rat macht seine eigene Außenpolitik, sucht sich Entwicklungspartner in Europa. Für den Pferdekarren, der im Quartier Diamaguène den Müll einsammelt, wurde eine Subvention aus Lille organisiert.

Wo Saint-Louis sein berühmtes koloniales Erbe hütet, auf der historischen Île, sind die Stadtteil-Räte kaum aktiv. „Durch den langen Kontakt mit den Franzosen sind die Leute dort zu individualistisch geworden“, meint Magol Gueye, der Präsident des Rats von Diamaguène, ein Lehrer. Die Kultur der Assoziationen und der Basisdemokratie ist viel mehr in jenen Stadtteilen des Festlands verwurzelt, die von den europäisierten Senegalesen der Île einst verächtlich „Dschungel“ genannt wurden. –

*

Wenn es um Demokratie geht, befindet sich Afrika stets in einer Testphase. Was in einem der 53 Länder geschieht – sofern die internationalen Medien es überhaupt zur Kenntnis nehmen -, das wird dem ganzen Kontinent ins Zeugnis geschrieben. Wie absurd die Generalisierung ist, zeigten zwei Geschehnisse in kurzer Folge. Eben noch hieß die Schlagzeile *Afrika fällt zurück in seine alten Übel* (siehe Kongo), da kam der geglückte Machtwechsel in Ghana: *Afrika besteht Demokratietest*. Voilà, Kongo und Ghana sind unterschiedlich, wie bereits ein Blick auf die Landkarte verrät. Und das Beispiel

Kongo zeigt besonders deutlich: Die internationale Debatte reduziert Demokratie auf formale Prozeduren, innerhalb derer das Abhalten von Wahlen zur Raison d'être verabsolutiert wird.

Darin verrät sich keineswegs nur Kurzsichtigkeit. Die vom Westen geförderten Multi-Parteien-Systeme sicherten häufig den Machterhalt einer Elite, die wiederum die Wahrung westlicher Interesse sichere, schreibt der nigerianische Politikwissenschaftler Adelaja Odukoya¹. So werde verhindert, „dass in einem Prozess tatsächlicher Volks- oder Basisdemokratisierung Kräfte entstehen, die sich gegen westliche kapitalistische Interessen wenden könnten.“ Anders als zu Beginn der 90er Jahre kann heute allerdings kaum einem politisch bewußten Afrikaner mehr eingeredet werden, dass Neoliberalismus plus Privatisierung Demokratie bedeute. Weniger Staat!, das ist nach der globalen Finanzkrise selbst in Afrika unverkäuflich geworden. Damit öffnen sich Räume für ein neues Verständnis von Demokratie. Oder besser: von Demokratien, so plural wie der Kontinent.

Was stellen sich Afrikaner unter Demokratie vor? Zu den wenigen zuverlässigen Antworten gehören die Befunde von „Afrobarometer“²: ein Instrument politischer Meinungsforschung, an dem sich Sozialwissenschaftler aus 18 afrikanischen Ländern beteiligen, von Benin bis Zimbabwe. In den vergangenen acht Jahren wurden in diesen 18 Ländern 25 000 Bürger repräsentativ befragt, und zwar in einer von ihnen selbst gewählten Sprache, also nicht nur in den Kolonialsprachen.

Nur etwa sechs Prozent der Befragten verbinden mit Demokratie in erster Linie ein Mehrparteien-System. Jeder Dritte stellt sich unter Demokratie hingegen persönliche und bürgerliche Freiheiten vor; dazu addieren sich andere Erwartungen: Frieden, Entwicklung, Gerechtigkeit. Mehr als 50 Prozent fürchten, dass die Konkurrenz von Parteien zu Konflikten führt, gleichwohl spricht sich nahezu überall eine stabile Mehrheit gegen autokratische Modelle aus: gegen die Herrschaft eines Mannes, einer Partei oder des Militärs. Und 82 Prozent meinen, ihr Staats- oder Regierungschef solle nur durch freie und faire Wahlen in sein Amt gelangen.

Kein Stoff für Afropessimisten; obwohl enttäuscht von den realexistierenden Demokratien zeigen die Befragten Frustrationstoleranz, darin ähneln sie den Bürgern Osteuropas. Und auch in West-Deutschland und Japan hat nach dem Zweiten

¹ African Journal of International Affairs, Vol 10, No 1&2, 2007.

² www.afrobarometer.org

Weltkrieg erst der wirtschaftliche Erfolg – das bessere Leben – die Massen vom Wert der Demokratie überzeugt. Warum sollte es in Afrika so völlig anders sein?

Das Beispiel Ghana: Ein friedlicher Machtwechsel im Januar 2009 nach einem atemberaubend knappen Wahlausgang – seither gilt Ghana vielen Beobachtern als Vorbild für Afrika. Die ghanaische Erfahrung läßt aber auch einen anderen Schluß zu: Afrikanische Bürger verhalten sich ähnlich wie Bürger sonstwo auf der Welt, wenn die Bedingungen es erlauben. Ghana geht es vergleichsweise gut; das Land baut sich auf, profitiert vom Wirtschaftswachstum – doch die Hälfte der 23 Millionen Ghanaer lebt weiter in Armut; sie verlangen Teilhabe am neuen Wohlstand, verlangen Gerechtigkeit. Zugleich hat Ghana, selten für Afrika, ein verwurzeltes Zwei-Parteien-System, in dessen Bahnen sich eine Stimmung für „Change!“ manifestieren konnte.

Der Ablauf im Einzelnen verdient in der Tat, in Afrikas Schulbüchern festgehalten zu werden. Im ersten Wahlgang lag der Kandidat der Regierungspartei noch knapp vorn, dann drei Wochen Warten bis zur Stichwahl, die den Oppositionskandidaten John Atta Mills um Haaresbreite nach vorne schob. Und nun hielt Ghana noch einmal den Atem an, denn alles hing jetzt von den 53 000 Wählern im kleinen Bezirk Tain ab: Bei den Bauern waren zuvor nicht genug Wahlzettel angekommen, also wählten sie nach. Am Ende gewann der Jura-Professor Atta Mills die Präsidentschaft mit einem Vorsprung von nur 0,23 Prozent.

Obwohl auch Ghana als Eliten-Demokratie gilt, hat die Bevölkerung den gesamten Wahlprozeß, beginnend bei der Wählerregistrierung, sehr engagiert begleitet. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 Prozent, erreichte örtlich bis zu 95 Prozent. Der neue Präsident wurde bereits 24 Stunden später vereidigt, wieder unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, die in Bussen und Lastwagen aus allen Landesteilen nach Accra strömte, um auf dem Independence Square zu feiern. Ghanas Zeitungen sprachen in nahezu religiösen Begriffen von Mills' „Bund mit dem Volk“, warnten aber bereits: „Mister President, hüte Dich davor, den Bund zu brechen!“

Mills hatte mit dem Versprechen „Wohlstand für alle“ gelockt und die Senkung der Benzinpreise innerhalb der ersten hundert Amtstage versprochen. Nun befindet er sich unter ähnlichem Erwartungsdruck wie ein „Change“-Kollege auf größerer Bühne, dessen Kampagne man sogar in Ghana ein wenig zu kopieren versuchte: Barack Obama. -

Ganz anders die Situation in Mali, das gleichfalls oft als positives Beispiel zitiert wird, zumal das Land zu den ärmsten der Welt zählt. Mali hat in der Tat alles, was eine Demokratie in formaler Hinsicht ausmacht: Wahlen, Parteien, Parlament. Die meisten der 14 Millionen Malier fühlen sich in dieser Demokratie allerdings wie bloße Statisten. Manche tragen T-Shirts mit dem Slogan einer Partei oder nähen sich Gewänder, die in ihrem Muster eine politische Botschaft zeigen; die Stoffe werden zu bestimmten Anlässen billig auf den Markt geworfen. Spricht man jemanden an auf eine solche Kleidung, dann schaut er verwundert an sich herunter: Oh, was steht denn da?!

118 Parteien sind in Mali registriert. Die meisten gleichen einer One-man-show; wer Mitglied wird, bekommt zum Parteiausweis ein Handgeld. In der Nationalversammlung wird französisch gesprochen; das schließt die meisten Malier aus – und selbst manche Abgeordnete ohne Schulbildung. Sie bringen ihre Söhnchen mit zum Übersetzen, dann erzählen ihnen Schulkinder, was in einer Gesetzesvorlage steht.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, finanziert aus Entwicklungshilfe, fallen korrekt ausgefüllte Wahlzettel in korrekt versiegelte Urnen aus korrekt transparentem Plastik. Bloß das Bewusstsein der Wähler, das ist nicht so korrekt. Manche verkaufen ihre Stimme, sie verkaufen sie billig, ohne Gefühl für ihren Wert. Vor den Wahllokalen bauen Kandidaten einen Tisch auf mit Essen, verteilen ein paar Scheine, nicht einmal zwei Euro wert, und dafür gibt ihnen der Wähler seine Stimme. Für einen Moment war er kein Statist, er hat partizipiert, auf seine Art.

Man mag sich einen Augenblick lang vorstellen, der Wahlkampf für den Deutschen Bundestag oder für die Nationalversammlung in Frankreich werde auf Englisch abgehalten. Die Mehrheit der Bevölkerung würde sich abwenden, die Wahlbeteiligung drastisch sinken, das Ergebnis wäre unkalkulierbar, gewiss würden nationalistische Gruppen enorm gestärkt. In Mali hat die Distanz zur Wahl-Demokratie ein sanfteres Gesicht. Das ganze System ist für das bäuerliche Milieu ein fremdes, von außen kommendes Phänomen geblieben, so fremdartig wie festangestellte Lohn-Arbeit, die 50 Jahre nach dem Ende der Kolonialzeit immer noch „die Arbeit der Weißen“ heißt.

Gelebte Demokratie ist in Mali anderswo zu suchen. Zum Beispiel bei den 150 freien Radiostationen, so viele wie nirgends sonst in Afrika. Amidu Diarra wird „der Drache“ genannt, weil er

jeden Morgen Feuer speit am Mikrophon von „Radio Kledu“. Ein rhythmisches, atemloses Schreien: „Guten Tag, ihr korrupten Politiker! Guten Tag, ihr Diebe der öffentlichen Kassen! Guten Morgen, ihr Arbeitsscheuen!“. Diarras Sendung ist Kult; seinen Stil hat er aus malischen Volksliedern entwickelt. „Schwarz oder weiß, Lob oder Tadel; so muss es sein“, sagt Diarra. Die Egoisten, die Ehrlosen, die Betrüger aufrufen „und für ihr Benehmen der Gesellschaft gegenüber würdigen“, das sei das Prinzip seiner Sendung.

Die Gemeinde Dioro ist fünf Autostunden von der Hauptstadt Bamako entfernt, ein Marktflöcken am Niger, eine von 703 ländlichen Kommunen, die in Mali Mitte der 90er Jahre geschaffen wurden. Die Macht soll zurückkehren aufs Land - das war eine Vision derer, die in Mali gegen die Diktatur gekämpft hatten. In Dioro erlebt Mali eine Premiere: Der Bürgermeister legt vor den Fernsehkameras Rechenschaft ab, er rechtfertigt öffentlich, was er mit dem Geld der Bürger gemacht hat. Issa Doumbia sitzt leicht gekrümmt vor dem Mikrofon, ein baumlanger Mensch, der Schweiß läuft in Strömen von seinem glatt rasierten Schädel, als er sich durch den Haushalt der Gemeinde kämpft. Vor ihm auf dem Marktplatz ein paar Hundert Bürger auf Stühlen und Matten, manche greifen ihn an, mit dem wachen Misstrauen der Malier gegenüber allem, was Staat ist.

Ein paar Tage später wird die Aufzeichnung gesendet, die Leute von Dioro sitzen in Gruppen beieinander - dort, wo es einen Fernseher gibt und einen Generator. Und alle, die sich an diesem Abend selber sehen, haben das Gefühl, an etwas Wichtigem beteiligt gewesen zu sein. „Zu viele hohe Funktionäre in Mali sind Diebe“, sagt der Bürgermeister. „Deshalb glauben die Leute nur, was sie mit eigenen Augen sehen.“ Dezentralisierung, sagt er, sei die einzige Chance für Mali, sich zu entwickeln. „Auf nationaler Ebene ist der Staat schlicht verdorben.“ Mit seiner offensiven Transparenz begann der Bürgermeister auf Anraten deutscher Entwicklungshelfer; sie bezahlten die Fernsehaufzeichnung. Alltäglicher ist der öffentliche Kassensturz im lokalen „Radio Gemeinsam“. Die Erfahrungen von Dioro gelten nun als Modell: Bürger, die vertrauen, zahlen mehr kommunale Steuern – und sie betrachten die Privatisierung des Staates durch gierige Politiker nicht mehr als Naturgewalt.

Mali und Burkina Faso, zwei arme Baumwoll-Staaten, sind Afrikas Vorreiter bei der Dezentralisierung. „Halte dich aufrecht aus eigener Kraft!“, so wird der Begriff im lokalen

Bambara umschrieben. Aber woher die Kraft nehmen? Malis Regierung hat großzügig Aufgaben nach unten delegiert; um Schulen, Straßen, Wasser, Abfall dürfen sich nun die Kommunen kümmern; nur das Geld, das soll noch möglichst lange in der Hauptstadt bleiben.

Dioros wichtigste Ressource ist der Markt; 4000 Händler nutzen ihn, viele kommen von weit her. Früher war der Markt schmutzig und brachte der Kommune nichts ein. Beides hat sich nun geändert, dank einer demokratischen Struktur. Einfach war das nicht: Ein Jahr dauerte die Debatte mit den einzelnen Branchengruppen der Händler; nun wählt die Vollversammlung jeder Händlersparte einen Delegierten, und die Delegierten wählen für ein Jahr ein Komitee, das den Markt leitet.

Am Markttag drängeln sich Gebühreneintreiber mit winzigen Quittungen durch das Gewühle: umgerechnet acht Cent sind für einen Eselskarren zu entrichten, 17 Cent für einen regulären Stand. Die Quittungen bloß nicht wegwerfen!, hat es im Radio geheißen - damit es keinen Missbrauch gibt. Die acht Cent könnten ja sonst zweimal kassiert werden!

Dreiviertel der Einnahmen wandern in den Gemeindehaushalt, mit dem Rest wird der Markt instand gehalten. Der Sekretär des Marktkomitees notiert akribisch in einem Schulheft, was der Gebührenchef des Komitees ihm seinerseits aus einem Schulheft vorliest. Das Schulheft ist in Mali ein Erkennungszeichen von Basis-Demokratie: Auf seinen Linien werden die kleinen Münzen der Partizipation verzeichnet, mit Akkuratess und Hingabe.

In einem makellos gebügeltem Hemd, « der Seriösität des Amtes wegen », fährt Dioros Buchhalter auf einem Moped durch Matsch und Staub, um in den 30 Dörfern der Gemeinde die jährlichen Steuern einzutreiben. Winzige Summen aus unserer Sicht, aber niemand kann sie auf einen Schlag bezahlen. Acht Cent pro Schaf, 16 Cent pro Esel, 40 für eine Kuh, drei Euro pro Mensch. Hinten auf dem Moped des Buchhalters sitzt ein Polizist, um den Geldtransport zu bewachen.

Neuerdings verleiht die Gemeinde Preise an die Dörfer mit der besten Steuermoral: Radiogeräte und Säcke Reis. Der letztjährige Sieger ist ein Fischerdorf der Bozo-Ethnie, 1600 Menschen, drei Familiennamen, 100 Prozent Steuerzahler. Der Dorfcchef holt fünf Schulhefte, die Steuerakten. Wie klein die Raten der Fischer sein dürfen, ist Verhandlungssache; „wir müssen uns untereinander arrangieren“, sagt der Dorfcchef entschuldigend. Die Bürger bekommen eine Quittung für jede

Rate, ein kleines weißes Kärtchen von einem winzigen Block - ein ausrangierter Spendenblock vom Fußball-Afrika-Cup 2002.

Steuern zu bezahlen, das hat in Westafrika eine lange Tradition, sie begann vor der Kolonialzeit. In manchen Dörfern der Region werden heute die gesamten Steuern von den Migranten bezahlt, die zum Arbeiten in Europa sind.

Die Dezentralisierung zu fördern, mit dem Geld und dem Knowhow europäischer Entwicklungshilfe, das scheint ein sinnvolles und vergleichsweise uneigennütziges Projekt des Nordens. Steht man allerdings in einem Dorf hochverschuldeter Baumwoll-Bauern, dann wirken dort die aufgestapelten zartgrauen Plastikurnen vom letzten Wahlgang wie Spielzeug, das man Kindern gibt, damit sie nicht stören bei den wichtigen Dingen. Demokratie – das hieße hier : faire Handelsbeziehungen. Für die Summe, mit der jeder US-Baumwollfarmer bezuschußt wird, müßte ein malischer Bauern tausend Jahre arbeiten. 800 000 malische Bauern und ihre Familienangehörigen haben in einer Petition an die Welthandelsorganisation vergeblich dagegen aufbegehrt. Das immerhin hat ihnen die formale Demokratie gebracht: Sie sind nicht mehr stumm, sie haben eine Stimme, Vertretungen, Bauernverbände. Und diese Stimme sagt uns, den Bewohner des Nordens, dass der große Bedarf an Demokratisierung nicht in Afrika liegt.

*

Es gibt verschiedene Wege, wie Menschen ungeachtet ihrer Armut beginnen können, sich als Bürger zu begreifen. Ihnen Rechte zu geben, ist der eine Weg - sie ihrer Rechte zu berauben ein anderer. Wie die Eisenbahn im Senegal und in Mali auf Drängen der Weltbank privatisiert wurde, das war eine Lektion der zweiten Art. Die Bahn gehört heute einem französisch-kanadischem Konsortium, das den Betrieb auf die denkbar einfachste Weise saniert hat: Cargo ist profitabler als Mensch. Die meisten Bahnhöfe entlang der Strecke wurden geschlossen, Menschen und Handel abgehängt, Züge und Gleise verwahten. Aus Wut darüber entstand vor fünf Jahren *Cocidirail*, ein „Bürgerkomitee für die Rückgabe der Eisenbahn“, besser beschrieben als eine soziale Organisation neuen Typs : Sie umfaßt entlassene Eisenbahner ebenso wie die geschädigten Dörfler entlang der Strecke, Radiosender sind auch dabei.

Die „Rückgabe der Bahn an das Volk“ soll kein simples Zurück zum früheren Staatsbesitz sein, mit seiner mangelhaften Kontrolle, mit Mißwirtschaft und Korruption. Sondern in Umrissen

entsteht hier die Utopie einer neuen Form von öffentlicher Kontrolle durch Bürgerkomitees, Bahn-Beschäftigte und die betroffene Bevölkerung entlang der Schiene. Noch ist dieses Ziel in weiter Ferne – obwohl mittlerweile niemand mehr bezweifelt, dass die Privatisierung des Personenverkehrs ein Desaster ist. Aber auch die offizielle, repräsentative Demokratie gilt nun bei vielen Maliern entlang der Bahnstrecke als gescheitert: Sie fühlen sich von den Abgeordneten der Region, die zusammen ein Viertel der Nationalversammlung stellen, völlig im Stich gelassen. Die Abgeordneten hatten der Privatisierung zugestimmt und verweigern nun eine Korrektur der Entscheidung. Für ihre künftige politische Karriere erscheint es ihnen vorteilhafter, der Linie des Präsidenten zu folgen als auf die Stimme ihrer Wählerschaft zu hören.

An der Basis haben die vergangenen fünf Jahre indes viel verändert. Die traditionellen Autoritäten des ländlichen Raum hatten anfänglich die Entscheidung der Obrigkeit widerstandslos hingenommen. Später sahen sie fassungslos, wie ihre Dörfer verarmten, nachdem die Bahnhöfe geschlossen waren. Mancher Chef de Village räumt heute ein: „Ich habe mich geirrt.“ Das ist eine Mikro-Revolution im traditionellen Milieu, denn malische Dorfchefs pflegen sich nicht zu irren. Der Fatalismus ist geschwunden; in den Dörfern hat man begonnen, sich als Bürger zu fühlen und sich selbst in eine Beziehung zu den öffentlichen Angelegenheiten zu setzen.-

Was gilt als Kampf um Demokratie? Wenn in einem Seminarraum eine Stoffbahn für „good governance“ aufgehängt wird? Oder wenn ein gewalttätiger Aufstand ausbricht? Bei den sogenannten Hungerrevolten des Jahres 2008 wurde oft das Bewusstsein und die Entschlossenheit der Beteiligten verkannt.

Eine Hungerrevolte hat keine Akteure, so will es das Wort - es ist der Hunger selbst, der revoltiert. Er bemächtigt sich der Menschen, lässt ihnen keine andere Wahl, als um sich zu schlagen. Ein dramatisches, bebendes Wort; mitfühlend im ersten Moment - aber es nimmt denen, auf die es gemünzt wird, leicht ihre Würde.

In Kamerun wurde nicht gehungert, als dort die vermeintliche Hungerrevolte ausbrach. Der Protest gegen die hohen Lebenshaltungskosten wurde vielmehr angeheizt von der lang gehegten Wut auf die korrupte herrschende Klasse, an ihrer Spitze Präsident Paul Biya. Ein Streik gegen den Benzinpreis, begonnen in Doula von 42 000 Mopedtaxi-Fahrern, wurde

binnen Stunden zu einem Aufruhr in allen größeren Städten, legte die Infrastruktur des ganzen Landes lahm. Viele fühlten sich an die « villes mortes » erinnert, die « toten Städte », einer Kampfform im demokratischen Aufbruch von 1990/91.

Auch der jüngste Aufstand hatte mit Demokratie zu tun, denn deren schiere Abwesenheit, der völlige Mangel an Rechenschaftspflicht, ist die Hauptursache für die Korruption in Kamerun. Und ausgerechnet jetzt verlangte der 76jährige Präsident Biya, gegen eine klare Mehrheit in der Bevölkerung, eine Revision der Verfassung, um sich nach einem Vierteljahrhundert an der Macht vollends im Amt verewigen zu können.

Sein politisch und moralisch versumpftes Regime gilt bei denen, die gerne *Good Governance* auf den Lippen führen, als Stabilitätsfaktor in der Region. Die USA haben sich in Yaounde eine gewaltige neue Botschaft hingestellt, von der aus sie die Ölvorkommen im Golf von Gabun im Auge haben. Frankreich hält ohnehin seine Hand über den treuen kleinen Biya. Und die Weltbank hat seiner Regierung gerade einen ordentlichen Batzen Dollar geschenkt, für den potjemkinschen Kampf der Korrupteure gegen die Korruption.

Die politische Frustration hat sich in Kamerun, einem Patchwork von mehr als 200 Volksgruppen, nicht in interethnischer Gewalt entladen, obwohl das Regime versuchte, dazu anzustacheln. Für einen Moment haben die Kameruner, die oft als fatalistisch geschildert werden, im März-Aufstand Würde gefunden. Die Würde, sich als Subjekt zu sehen, als Handelnder, mag das Handeln auch verzweifelt, gewälttätig, unorganisiert und darum zum Scheitern verurteilt gewesen sein. Der von außen auf Afrika gerichtete Blick liebt indes nicht die Kämpfenden, sondern die Leidenden – und reziprok haben sich viele Afrikaner eingerichtet in dem Lebensgefühl, das ewige Opfer zu sein.

Dieser Selbst-Entmächtigung ein Ende zu setzen, ist der Anfang jedes Kampfes um Demokratie. An vielen Orten ist er im Gange. Von den Eliten ist dabei nicht viel zu erwarten, zu oft muß der Kampf ja gerade gegen sie gerichtet. Sie beiseite zu drängen, das erfordert allerdings, dass in den Gesellschaftsmehrheiten eine neue Kultur des Sich-Verantwortlich-Erklärens entsteht. „Früher“, sagt der kamerunische Oppositionspolitiker Adamou Ndam Njoya, « brachte jeder einen Stein, wenn ein Brunnen gebaut wurde. Diese Kultur, das Öffentliche auch als das Eigene zu betrachten,

haben wir verloren, als Teil unserer ganzen kulturellen Entwurzelung. Die Menschen müssen heute anfangen zu begreifen, dass sie nicht Fremde sind bei sich selbst. »